

Ordnungspartnerschaft statt Polizeiwache?

Die Freien Wähler stellen eine Anfrage an den Fachausschuss. Die WNKUWG verweist auf das Modellprojekt im Oberbergischen Kreis, wo alle 13 Kommunen mitmachen, um das Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken.

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Die WNKUWG möchte prüfen lassen, ob eine „Ordnungspartnerschaft Sicherheit“, wie sie im Oberbergischen Kreis als Modellprojekt eingeführt wurde, auch im Rheinischen-Bergischen Kreis sinnvoll und möglich wäre. Daher richtet die Fraktion in Abstimmung mit den Freien Wählern der anderen Kommunen eine Anfrage an Landrat Stephan Santelmann, mit der Bitte, den Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Fachausschusses Personal und Ordnungsangelegenheiten zu setzen.

Danach hat auch der Verein „Zukunft Wermelskirchen“, der im Herbst 2018 eine Petition zum Thema „Polizeiwache für Wermelskirchen“ gestartet hatte, den Vorschlag einer Ordnungspartnerschaft aufgegriffen. Nach Auffassung der WNKUWG sind dies aber zwei unterschiedliche Themen. Fraktionsvorsitzender Henning Rehse betont, dass die Chancen, dass wieder eine eigene Polizeiwache in Wermelskirchen eingerichtet wird, gleich null sind. Er kritisiert, dass „Zukunft Wermelskirchen“ erst später auf den Zug „Ordnungspartnerschaft“ aufgesprungen sei, weil der Verein

BM
03.01.19

In der Nachbarstadt Remscheid gehen Polizei und Ordnungsamt schon seit einigen Jahren gemeinsam auf Streife - wie hier auf der Alleestraße. Auch dort wird der Begriff „Ordnungspartnerschaft“ verwendet.

FOTO: JÜRGEN MOLL



erkannt habe, dass diese eine realistische Perspektive bietet, dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger Rechnung tragen.

Der Blick in den Oberbergischen Kreis zeigt, wie das Konzept aussehen könnte. Dort haben sich inzwischen alle Kommunen der „Ordnungspartnerschaft Sicherheit“ angeschlossen – zuletzt Hückeswagen. „Damit wirken jetzt alle oberbergischen Kommunen an dem landesweit einzigartigen Sicherheitskonzept mit“, teilte der Kreis mit. Sichtbares Zeichen: Landrat Jochen Hagt und Ordnungsdezernentin Birgit Hähn hatten Ende 2018 ein Dienstfahrzeug an Hückeswagens Bürgermeister Dietmar Persian übergeben.

Für die Ordnungspartnerschaft Sicherheit hat der Oberbergische Kreis auch im Haushalt 2019 und 2020 jeweils 650.000 Euro vorgesehen. Unter anderem sollte zusätzliches Personal der Ordnungsämter gemeinsam mit der Polizei für

mehr Präsenz auf den Straßen, teilt die Kreisbehörde mit. Für alle Mitarbeitenden der Ordnungsämter habe man zudem eine umfangreiche Fortbildungsreihe zu notwendigen Rechtsgrundlagen, Techniken zur Eigensicherung und deeskalierender Kommunikation organisiert. Die Schulungsreihe soll fortgeführt werden. Zusätzlich stellt der Oberbergische Kreis 13 Dienstfahrzeuge in polizeiähnlicher Optik und einheitliche Dienstuniformen mit der Aufschrift „Ordnungsamt“ für die Kooperation bereit.

Für die WNKUWG sei von vorneherein klar gewesen, dass ein einzelner Antrag aus einer Kommune an den Rheinisch-Bergischen Kreis wenig Wirkung hat. „Wir haben daher mit den Freien Wählern in den anderen Kommunen gesprochen und gefragt, ob sie die Anfrage unterstützen – es gab ein klares Ja“, berichtete Henning Rehse.

Ziel des Modellprojekts ist, das subjektive Sicherheitsgefühl durch

INFO

Der Oberbergische Kreis ist das Vorbild

Modellprojekt Der oberbergische Kreis hat zwischen der Kreispolizeibehörde, den kommunalen Ordnungsdiensten und der Kreisverwaltung die „Ordnungspartnerschaft Sicherheit“ geschlossen.

Petition „Zukunft Wermelskirchen“ setzt seine Petition fort: Noch bis 7. Januar können Bürger unter-

schreiben. Dies ist unter anderem möglich in der Rats-Apotheke (Obere Remscheider Straße), La Galleria Bianchi (Telegraphenstraße 47a), Lotto Totto Duran (Bahnhofstraße 1), Frisch Markt Dhünn und an der Star Tankstelle Stumpf bis zum 4. Januar. Online unter www.openpetition.de/polizeiwache bis 7. Januar.

Infotag Am 13. Januar findet um 17 Uhr eine Fragestunde von „Zukunft Wermelskirchen“ zur Petition statt.

mehr Präsenz von Polizei und Ordnungsämtern in allen oberbergischen Kommunen stärken. Die Gruppe der Freien Wähler im Rheinisch-Bergischen Kreis fragt daher zum Thema „Ordnungspartnerschaften“ folgendes an: Gibt es nach dem Einholen von Detailinformationen und Bewertungen aus dem Oberbergischen Kreis Grün-

de, Erkenntnisse und Erfahrungen, die dafür sprechen, dass ein solches Konzept mit für den Rheinisch-Bergischen Kreis zugeschnittenen Modifikationen oder Teile davon sinnvoll sind und wie sie eventuell in welchem Zeitrahmen umgesetzt werden können?

Derweil verlängert der Verein „Zukunft für Wermelskirchen“ seine

Petition und betont, dass man von Beginn an das Ziel verfolge, die Polizeiwache in Wermelskirchen für den ursprünglichen Zweck zu erhalten. „Sollte die kreisweite Einführung der Ordnungspartnerschaft Erfolg haben, müssen die Kommunen vor Ort natürlich auch den passenden Raum zur Verfügung stellen“, teilt der Verein mit. FÜR Wermelskirchen habe den akuten Raummangel an, der im Rathaus seit Jahren herrscht, in der Ratssitzung angesprochen. „Die Polizeiwache direkt neben der Verwaltung wird schließlich auch aktuell von Fraktionen genutzt und bietet den nötigen Platz. Die Abstimmung Anfang Dezember erfolgte nur unter Vorbehalt“, schreibt Sprecher Andreas Müßener. Wie berichtet, soll das Gebäude der ehemaligen Polizeiwache auch anderen Zwecken dienen. Im Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept ist eine Quartiersbegegnungsstätte mit einem Beratungspool geplant.

Viele Bürger wünschen sich laut WNKUWG einen Tierfriedhof

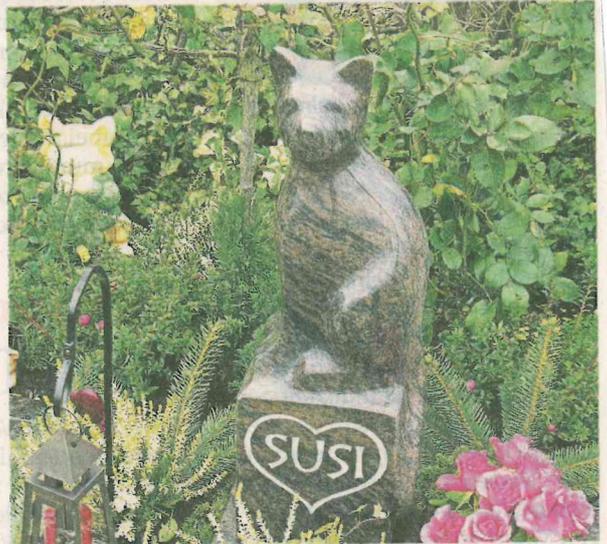
BM
03.01.19

WERMELSKIRCHEN (pd) Viele Tierfreunde wünschen sich nach dem Tod ihres Vierbeiners eine würdevolle Beerdigung und auch einen Ort des Trauerns. Die WNKUWG greift daher das Thema Tierfriedhof auf. „Aus der Bürgerschaft wird seit einiger Zeit verstärkt das Thema an uns herangetragen, für Haustierbesitzer, deren treuer Begleiter verstorben ist, die Möglichkeit einer rechtskonformen Bestattung zu schaffen. Derzeit können sich viele Haustierbesitzer von ihrem Tier, so sie es denn nicht ‚entsorgen‘ wollen, nicht rechtskonform trennen, da sie in der Wasserschutzzone leben und/oder keinen eigenen Grundbesitz haben“, schreibt die Fraktion.

Daher beantragt die WNKUWG, dass die Verwaltung prüft, ob in Wermelskirchen eine Fläche als Heimtierfriedhof angeboten werden kann. Eine Idee könne zum Beispiel sein, „eine in den Waldfriedhof Eickerberg einbezogene Erweiterungsfläche, auf der aber noch nie Bestattungen von Menschen durch-

Auf einem Tierfriedhof hat ein Katzenliebhaber für seinen Liebling dieses Grab gestalten lassen.

FOTO: BRAS (ARCHIV)



geführt wurden und die sich abseits und getrennt vom übrigen Friedhof befindet, hierfür zu nutzen.“ Die Verwaltung möge auch Kontakt zu anderen Kommunen, wo dies bereits praktiziert wird, hinsichtlich deren Erfahrungen, Regeln, Satzung und Gebühren aufnehmen.

Vor zehn Jahren legte ein Hückeswagener auf einer freien Fläche Am Erlensterz, unmittelbar an der Kreisstraße 1, den ersten Tierfriedhof in Hückeswagen an. Dort können Haustiere nach deren Tod begraben werden, dafür wird eine Pacht fällig.

Gelber Sack bleibt bis 2020 dünn

WVG A
04.01.19

Die Einführung des Mischsystems hängt von Ausschreibung der Firma Reclay im Frühjahr ab.

Von Karsten Mittelstädt

Seit wenigen Tagen gilt das neue Verpackungsgesetz, das zum 1. Januar die alte Verpackungsordnung ablöst. Für Verbraucher hat das zunächst mal keine unmittelbaren Folgen. Sie können ihre Verpackungen mit dem grünen Punkt weiterhin über den gelben Sack entsorgen. Allerdings werden durch das neue Gesetz mehr Gewerbetreibende, die Verpackungen in Umlauf bringen, gezwungen, sich am Dualen System zu beteiligen. Ziel: Wer weniger Verpackungsmaterial unter die Leute bringt, muss weniger zahlen. Das gilt für die Hersteller. Verbraucher bezahlen das System mit jeder Verpackung, die sie kaufen und anschließend wegwerfen.

Wenn es nach dem Willen des Rates geht, der einen Antrag von CDU und WNK UWG kurz vor Weihnachten mit knapper Mehrheit auf den Weg brachte, soll es in Wermelskirchen in Zukunft ein Mischsystem geben. Bürger sollen entscheiden können, ob sie weiter gelbe Säcke oder die gelbe Tonne nutzen. Ob dies wirklich so umgesetzt wird, hängt entscheidend vom Ausschreibungsverfahren im Frühjahr dieses Jahres ab.



Gelber Sack oder Tonne? In Wermelskirchen soll beides eingeführt werden. Die WNK UWG fürchtet, dass das im Frühjahr geplante Ausschreibungsverfahren der Firma Reclay nicht geeignet ist, den im Dezember gefassten Beschluss des Rates umzusetzen.

Foto: Roland Keusch

Das Verfahren funktioniert so. In Deutschland gibt es mittlerweile zehn große Unternehmen, die das Bundesgebiet unter sich aufteilen. Für die bergische Region und damit auch Wermelskirchen ist das Unternehmen Reclay zuständig. Reclay sammelt die Verpackungen ein und lässt sich das über die Lizenzgebühr für den grünen Punkt bezahlen. Da Reclay nicht über die Sammellogistik verfügt, schreibt das Unternehmen die Aufgabe, die Verpackungsabfälle einzusammeln, voraussichtlich im April aus. An der Ausschreibung können sich alle Unternehmen beteiligen. Auch die, die den gelben Sack bisher schon ein-

sammeln. Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNK UWG-Fraktion befürchtet, dass der Beschluss, in Wermelskirchen sowohl den gelben Sack als auch die gelbe Tonne einzuführen, infolge der Ausschreibung nicht umgesetzt werden könnte.

WNK UWG befürchtet Pseudo-Ausschreibungsverfahren

Er stellte deshalb dem für Wermelskirchen zuständigen Bergischen Abfallwirtschaftsverband (BAV) eine ganze Reihe von Fragen. Unter anderem: Was passiert, wenn Reclay erklärt, dass sie ein Mischsystem nicht darstellen kann, Wettbewerber dies allerdings nachge-

wiesenermaßen können? Rehse hat noch ganz andere Befürchtungen. Er fragt den BAV, ob es aus der Luft gegriffen sei, dass sich die Firma Reclay bereits vor der Ausschreibung mit den potenziellen Unternehmen über den Ausschreibungstext verständigt, um nicht Gefahr zu laufen, dass sich niemand auf die Ausschreibung bewirbt. Sollte dies eintreten, handele es sich lediglich um ein Pseudo-Ausschreibungsverfahren der Entsorgungswirtschaft über die Köpfe der Kommunen hinweg zulasten der Bürger.

Die ärgert die Qualität der gelben Säcke im Augenblick womöglich viel mehr. Denn

immer wieder wird kritisiert, dass sie zu dünn seien, schnell aufreißen und der Verpackungsmüll durch die Gegend fliege. „Die gelben Säcke werden deutlich besser“, hatte der Geschäftsführer des Bergischen Transportverbandes, Burkhard Rösner, angekündigt, als er im Haupt- und Finanzausschuss die künftigen Veränderungen erläuterte. Vor Januar 2020 wird sich an der Qualität wohl nichts ändern, konkretisierte Andrea Theuer-Gronenborn von der Bergischen Wertstoff-Sammel GmbH, gestern auf Anfrage. Erst dann greifen die neuen für drei Jahre ausgehandelten Verträge. » Standpunkt

VERPACKUNGSGESETZ

ZIEL Das neue Verpackungsgesetz wurde im Koalitionsvertrag vereinbart. Es soll Verpackungsabfälle reduzieren. Dazu muss sich jeder Hersteller und Vertreiber von Verpackungen in einem Zentralen Verpackungsregister anmelden.

STRUKTUR Das Einsammeln und Entsorgen von Restmüll und Wertstoffen (Glas, Papier) ist Aufgabe der Kommune, die diese Aufgabe an Verbände wie den BAV übertragen kann. Die Zuständigkeit und Entsorgung von Verpackungsabfällen regelt die Privatwirtschaft selbst.

Geld verdienen mit Müll

Von Karsten Mittelstädt

Eines steht fest: Mit Müll lässt sich viel Geld verdienen. Bestes Beispiel ist der Grüne Punkt. Der wurde eingeführt, um eine staatliche Zwangsabgabe auf Verpackungen zu vermeiden. Die dualen Systeme – aus einem sind mittlerweile zehn Unternehmen geworden – sollen das Einsammeln und Wiederverwerten der Verpackungsabfälle selbst regeln. Das tun sie auch seit Jahrzehnten. Finanziert wird das System der „gelben Abfälle“ über Lizenzgebühren, die Gewerbetreibende zahlen müssen. Das Geld versuchen sie natürlich über den Verkaufspreis wieder hereinzuholen. Und so hat jeder Verbraucher den Inhalt seines gelben Sackes

oder der gelben Tonne längst bezahlt. Das System hatte aber einen „kleinen“ Haken: Eingedämmt wurde die Flut an Verpackungsmüll nämlich bis heute nicht. Das Ergebnis dieses Handelns finden wir dann irgendwann im Meer wieder. Bleibt die Frage, ob das neue Verpackungsgesetz dem Ziel der Müllvermeidung näherkommt, oder ob es nur die Zahl der Lizenzgebührenzahler erhöht.

» Gelber Sack ...



karsten.mittelstaedt
@rga-online.de

Vier Fraktionen fragen: Wie soll

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Digitalisierung ist in aller Munde. Auch eine Stadt wie Wermelskirchen sollte sich dieser Herausforderung stellen und Konzepte entwickeln. Dieser Auffassung sind die Politiker der Fraktionen CDU, WNKUWG, FDP und Bürgerforum: Sie stellen einen Antrag zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25. Februar zum Thema „digitale Modellkommune“.

Diese gibt es bereits: Lemgo, eine 41.000-Einwohnerstadt in Ostwestfalen-Lippe, hat mit Unterstützung durch Experten die digitale Zu-

kunft eingeleitet: Das „Fraunhofer Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (IOSB-INA) und das „IoT-Reallabor Lemgo Digital“ haben eine offene Innovationsplattform für die digitale Umwandlung von Mittelstädten eingerichtet. Unterstützt werden die Fraunhofer-Wissenschaftler dabei durch die Hochschule Ost-Westfalen-Lippe und weiteren Partnern sowie durch das Land NRW. Die Infrastruktur wird von Unternehmen, Startups, Kommunen und Forschungseinrichtungen genutzt, um gemeinsam mit Bürgern als „Alltagsexperten“ innovative Produkte und datenba-

sierte Dienste in den Handlungsfeldern Mobilität, Einzelhandel und Umwelt umzusetzen.

Vernetzte Stadtbusse, die sich gegenseitig orten können und anzeigen, ob Gäste die Anschlussbusse erreichen – das ist eine Idee. Eine andere hat einen Mehrwert für viele: die digitale Parkplatzsuche ist im Testlauf. Dabei werden nach Angaben des Fraunhofer Instituts intelligente Sensoren auf den Parkplätzen angebracht. Sie erkennen mittels elektromagnetischer Messung, ob diese besetzt sind und funken den Status in Echtzeit in die offene Software von Lemgo Digital. In dieser

die Stadt digitaler werden? BM 19.01.19

werden die Daten gesammelt sowie verarbeitet und können über eine offene Schnittstelle direkt mit Plattformanbietern geteilt werden. Von der schnelleren Suche nach Parkplätzen können auch Betreiber von Supermärkten, Kliniken oder städtischen Unternehmen profitieren.

„Angesichts der hohen Dynamik, Vielfalt und Reichweite der globalen Digitalisierung stellt sich uns die Frage, wie die Strategie und Handlungsfelder der Verwaltung für die nahe Zukunft aussehen. Sind wir auf dem Weg zu einer ganzheitlichen digitalen Stadt (smart city) wie Lemgo?“, fragen die vier Frak-

tionen Sie beantragen die Entwicklung und Umsetzung einer „Digitalisierungsstrategie Wermelskirchen“. Zur nachhaltigen Finanzierung der Digitalisierung sollen im städtischen Haushalt die notwendigen finanziellen Mittel abgebildet werden und Fördergelder in Anspruch genommen werden. Die Verwaltung möge auch das Voranschreiten der Digitalisierung im örtlichen Handel unter Einbeziehung der WiW unterstützen.

Handlungsbedarf bestehe, weil die Attraktivität Wermelskirchens zunehmend von einer gut entwickelten digitalen Infrastruktur ab-

hänge. Dabei sei die Digitalisierung eine permanente Weiterentwicklung. Dem zunehmenden Kostendruck sowie dem Fachkräftemangel könne man mit einer eigenen Digitalisierungsstrategie begegnen. Dabei gehe es nicht nur darum, zukünftig immer mehr Dienstleistungen auch digital abwickeln zu können. Die Weiterentwicklung des digitalen Anfrage- und Antragsmanagements, open data und Apps, smart City oder die Überprüfung vorbildlicher Digitalisierungsmodelle anderer Kommunen seien Themen, der sich auch kleinere Kommunen stellen sollten.

BM 7.01.19

Die hausärztliche Versorgung im Fokus

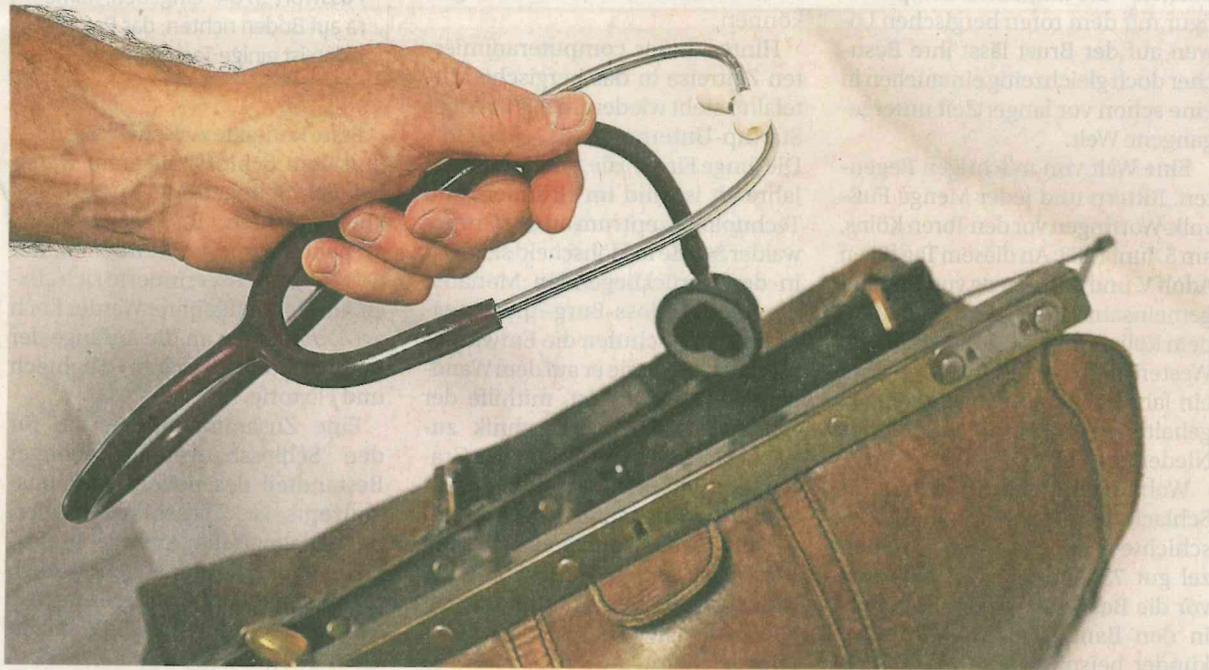
Am Mittwoch wurde die Bildung eines ständigen Gremiums aus Hausärzten, Krankenhaus, Politik und Stadtverwaltung beschlossen. Das Ziel: Die medizinische Versorgung zu verbessern. Die WNKUWG hatte dies angestoßen und ist jetzt zufrieden.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Im Stadtgebiet fehlen acht Hausärzte. Das ist Fakt und wird auch von der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Nordrhein nicht bestritten. 24 Plätze könnten besetzt werden, 16 sind es. Doch von einem Notstand oder einer Unterversorgung spricht niemand mehr; wohl aber wird jetzt das Thema der medizinischen Versorgung in Wermelskirchen enger durch Hausärzte, Krankenhaus, Politik und Stadtverwaltung begleitet: Am Mittwoch wurde ein ständiges Gremium gebildet, das sich wenigstens zweimal im Jahr treffen wird, um die wichtigen, anstehenden Themen zu erörtern.

Auslöser für dieses Treffen war eine Resolution der WNKUWG zur Verbesserung der hausärztlichen Versorgung in Wermelskirchen. Sie war das Fazit einer Podiumsdiskussion der WNKUWG im Oktober, auf der es eine Vielzahl von Lösungsvorschlägen gab, die die Unterdeckungsquote bei der hausärztlichen Versorgung durchaus beheben könnten. Doch es mangle, so die Fraktion damals in ihrer Resolution, an einer Koordination von Aktivitäten und der Kommunikation der Akteure untereinander.

Die Resolution wurde weder im Hauptausschuss noch im Stadtrat beschlossen, wohl aber wurde im Dezember darüber diskutiert. Letztlich wurde der Bürgermeister „beauftragt“, Gespräche zu führen.



Die hausärztliche Versorgung ist in Wermelskirchen mit 75 Prozent eine der schlechtesten im Land. Eine Unterversorgung gebe es aber laut Ärzteschaft nicht: Die Wartezeit betrage „null Tage“.

FOTO: OLIVER BERG

Rainer Bleek dazu: „Ich kann dazu nicht verpflichtet werden. Ich sehe aber diese Koordination als so wichtig an, dass ich zu einem ersten Gespräch mit Vertretern der Hausärzte, Kassenärztlicher Vereinigung, Krankenhaus, Fraktionen und der Verwaltung eingeladen habe.“ Das Ergebnis ist die Gründung eines Arbeitskreises mit den oben genannten Beteiligten. „Ich werde als Bürgermeister die Koordination übernehmen. Ziel ist eine zukunftsfähige Aufstellung des hausärztlichen

INFO

Ärzte sollen MRT für Diagnostik nutzen

Krankenhaus Im Krankenhaus an der Königstraße steht ein hochmodernes MRT. Heimische Ärzte können nicht davon profitieren; Patienten müssen in Nachbarstädte fahren, was mit Aufwand und viel Zeit verbunden ist. Daran will das Gremium arbeiten.

chen Versorgung und eine Verbesserung der Zusammenarbeit.“
„Wir haben als WNKUWG mit der Bildung dieses ständigen Gremiums mehr erreicht, als wir bei der Einbringung unserer Resolution im Herbst erwartet hatten“, erklärte Thorn Seidel, der die Fraktion in dieser Gesprächsrunde vertrat. Eine weitere Befassung mit der Resolution sei nun entbehrlich geworden.
Vor dem Hintergrund, dass Wermelskirchen eine hausärztliche Versorgung von nur 75 Prozent habe,

waren die Teilnehmer in diese Gesprächsrunde gegangen. „Letztlich wurde aber die Bewertungsgrundlage angezweifelt“, so Bleek im Gespräch mit dieser Zeitung. Das habe an den kommunalen Grenzen gelegen, wobei die interkommunale Zusammenarbeit nicht berücksichtigt wurde. Künftige Bewertungen der KV sollten in einem kleinräumigeren Raster erfolgen. Auch die Ärzte hätten in diesem Gespräch nochmals erklärt, dass sie noch Kapazitäten hätten. „Es gibt eine Wartezeit von null Tagen“, sagte Bleek. Das Bild vom Notstand in der Öffentlichkeit komme wahrscheinlich aus dem Facharzt-Bereich, wo die Wartezeit schlichtweg länger sei.

Laut KV, so berichtete Bleek, würden aber zusätzliche acht hausärztliche Praxen in Wermelskirchen wirtschaftlich nicht machbar sein. „Wir wollen aber daran arbeiten, dass sich die Situation nicht verschlechtert, denn das durchschnittliche Alter unserer Hausärzte ist hoch.“

Ein wichtiges Thema sei die Notfallpraxis. Heimische Hausärzte werden in einer Notfallpraxis in Bergisch Gladbach eingesetzt; es gibt auch eine im Sana-Klinikum Remscheid. „Eine weitere Notfallpraxis im Krankenhaus Wermelskirchen würde viel mehr Dienste der Hausärzte erforderlich machen. „Das lehnen die Ärzte ab, das würde aber auch junge Kollegen abschrecken, hier eine Praxis in der ländlichen Region zu eröffnen“, sagte Bleek.

Ärzte: Akut Kranke müssen nicht warten

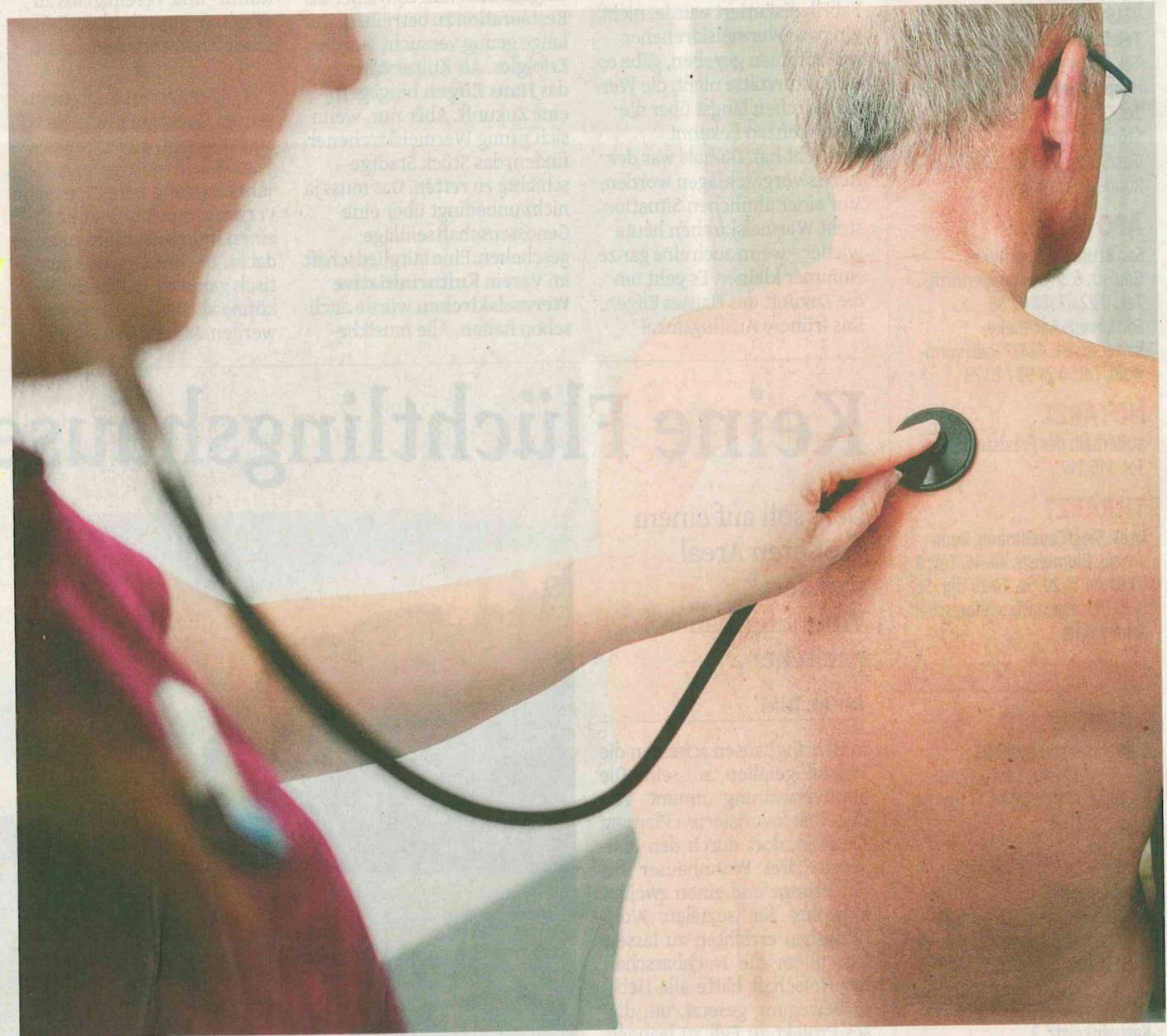
WG 26.01.19
Arbeitskreis unter
Leitung von
Bürgermeister Bleek
soll Versorgung mit
Hausärzten sichern.

Von Karsten Mittelstädt

Ende vergangenen Jahres hatte sich die WNK UWG-Fraktion mit dem Thema Hausärzterversorgung beschäftigt, eine Diskussionsrunde zum Thema veranstaltet und im Dezember im Rat eine Resolution vorgelegt, damit sich die Stadtverwaltung des Themas annimmt – auch wenn sie auf den ersten Blick nicht zuständig ist für die Zahl der Hausärzte. Die Resolution wurde nicht verabschiedet, weil Bürgermeister Rainer Bleek unter anderem zugesagt hatte, einen runden Tisch mit Vertretern der Ärzte, des Krankenhauses, der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNO), der Ratsfraktionen und der Verwaltung einzuberufen. Dieses Gremium tagte am vergangenen Mittwoch.

Eine wesentliche Erkenntnis, die Bleek mit aus dieser Runde nimmt: „Die Ärzte haben versichert, wenn jemand akut krank ist, gibt es keine Wartezeiten auf Termine. Es wird umgehend geholfen.“

Als Vertreter der niedergelassenen Ärzte nahmen Harald Bergerhoff, Peter Meiß und Ärztesprecher Dr. Hans-Helge Schopphoff teil. Das Kranken-



Auf dem Papier dürften 24 niedergelassene Ärzte in Wermelskirchen Patienten versorgen, tatsächlich gibt es 16 Hausarztpraxen. Lange Wartezeiten auf Termine gebe es für Kranke in der Regel aber nicht. Das sieht bei Fachärzten anders aus.

Foto: Maurizio Gambarini/dpa

haus vertraten Chefarzt Dr. Volker Launhardt und Geschäftsführer Christian Madsen.

Statistisch bilde Wermelskirchen mit acht nicht besetzten Arztpraxen (» **Versorgung**) zwar das Schlusslicht, räumte der Vertreter der KVNO laut Bleek ein. Die KVNO sieht die Versorgungslage in Wermelskirchen aber nicht so schlecht. „Die beziehen in ihre Berechnungen die Versorgungssituation in den Randbereichen zu Nachbarstädten und andere Faktoren ein“, erläuterte Bleek im Anschluss an das „konstruktive“ Gespräch. Derzeit sei die Hausarztversorgung in Wermelskirchen nicht so schlecht wie häufig dargestellt.

„Wir haben eine Versorgungslücke, aber die Bevölkerung ist noch ausreichend versorgt“, sagt Bleek mit Betonung auf noch. Denn in den kommenden zehn Jahren werden diverse Mediziner in den Ruhestand wechseln. „Was an Ärzten nachkommt, kann die Versorgungslücke dann nicht mehr schließen.“

Portalkrankenhaus und Notfallpraxis waren Thema

Hier sei auch das Krankenhaus Wermelskirchen gefragt, deren Vertreter nicht nur wegen der engen Zusammenarbeit mit den Hausärzten an der Runde teilnahmen. „Wir bilden ja auch Ärzte aus, die sich, wie in der Vergangenheit

schon geschehen, in Wermelskirchen niederlassen können“, sagte Christian Madsen auf WGA-Nachfrage.

Um die Versorgung mit Hausärzten in Zukunft zu sichern, wurde ein Arbeitskreis gegründet, dem neben zwei Vertretern der niedergelassenen Ärzte auch zwei Vertreter des Krankenhauses sowie Bleek angehören. „In diesem Arbeitskreis wollen wir konkret erarbeiten, was wir zur Verbesserung der Ärzteversorgung tun können“, sagt Bleek.

Thema war auch eine fehlende Notfallpraxis am Krankenhaus, wie es sie beispielsweise in Remscheid gibt. Derzeit suchen viele Patienten, die eigentlich über die Rufnum-

mer 116 117 einen diensthabenden Hausarzt erreichen könnten, die Ambulanz des Krankenhauses auf. Ein zunehmendes Problem. Zusätzlich eine Notarztpraxis zum bisherigen Arztnotruf personell zu bestücken, könnten die Hausärzte nicht leisten. Das gilt auch für ein sogenanntes „Portalkrankenhaus“, bei dem Patienten schon am Eingang des Krankenhauses je nach Fall zur Krankenhaus-Ambulanz oder zum diensthabenden Notarzt geschickt werden.

Wirklich problematisch sieht es bei der fachärztlichen Versorgung aus, sagt Bleek. „Da gibt es wirklich Wartezeiten von vier und mehr Wochen.“ UWG WNK sei zufried-

VERSORGUNG

STATISTIK Der Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen legt die Zahl der zugelassenen Praxen nach Einwohnerzahl fest. Danach dürften in Wermelskirchen 24 Hausarztpraxen betrieben werden, tatsächlich gibt es 16 Praxen. Acht weitere Praxen seien laut Kassenärztlicher Vereinigung in Wermelskirchen aber nicht wirtschaftlich zu betreiben.

den, den runden Tisch angestoßen zu haben, teilt Ratsmitglied Thorn Seidel mit. Die Resolution sei damit entbehrlich geworden. » **Standpunkt**